

FRAUENPOLITISCHER NEWSLETTER

DER GESCHÄFTSSTELLE
DER LAGS HAUPT- UND EHRENAMTLICHER KOMMUNALER
GLEICHSTELLUNGS- UND FRAUENBEAUFTRAGTER S.-H.



Impressum und Kontakt:

Geschäftsstelle der LAGs kommunaler Gleichstellungsbeauftragter Schleswig-Holsteins
Walkerdamm 1 | 24103 Kiel
Birgit Pfennig (Geschäftsführerin)
Telefon: 0431 30034721 | geschaeftsstelle@gleichstellung-sh.de

Die Geschäftsstelle ist für die Inhalte und Links „Dritter“ der einzelnen benannten Informationen bzw. Angebote und deren Durchführung nicht verantwortlich. Der Newsletter hat den Anspruch, parteipolitisch neutral zu sein, dennoch werden aktuelle frauenpolitische Themen von einzelnen Parteien mit aufgenommen. Der Newsletter hat nicht den Anspruch auf eine umfängliche Darstellung aller frauenpolitischer Themen. Alle Angaben sind ohne Gewähr.

Allgemeine Hinweise:

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 30. November 2023.

Falls Ihr spannende Inhalte teilen wollt, schickt die entsprechenden links gerne an geschaeftsstelle@gleichstellung-sh.de

Eine Veröffentlichung von Beiträgen im Newsletter ist nur möglich, wenn entsprechende links (also keine pdfs) zur Verfügung gestellt werden!

AUFTAKT DES LANDESWEITEN FRAUENPOLITISCHEN NEWSLETTERS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

INTERVIEW MIT DER GLEICHSTELLUNGSMINISTERIN AMINATA TOURÉ



Foto: Fenja Hardel, Sozialministerium

In der Präambel der Istanbul-Konvention wird die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern als ein wesentliches Element der Prävention und der Verhütung von Gewalt gegen Frauen benannt. Welche Maßnahmen wollen Sie als Gleichstellungsministerin ergreifen, um in Schleswig-Holstein die umfassende Gleichstellung von Männern und Frauen voran zu treiben? Was folgt daraus für die Kommunen?

„Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor ein riesiges, strukturelles Problem, dem wir entschieden entgegentreten. Wir wollen Gewalt gegen Frauen insgesamt eindämmen und die Ursachen bekämpfen. Dafür bringen wir in Schleswig-Holstein ein Kompetenzzentrum gegen geschlechtsspezifische Gewalt auf den Weg.

Das Kompetenzzentrum soll vorhandene und neue Expertise der Frauenhäuser, der Frauenberatungsstellen, der KIK-Koordinatorinnen sowie der Landespolizei bündeln. Außerdem sollen landesweite Fortbildungen, Beratungen und Strategien für relevante Institutionen angeboten werden. Besonders Frauen mit Behinderungen, Suchterkrankungen oder Migrationsbiografie wollen wir hierbei stärker in den Blick nehmen.

Mir ist dabei ganz wichtig zu betonen, Gewalt gegen Frauen zeigt sich nicht nur darin, wie viele Frauen in Frauenhäusern Schutz suchen. Frauen erleben jeden Tag Gewalt, ob körperlich oder verbal. Gewalt gegen Frauen ist in unserer Gesellschaft immer noch ganz tief strukturell verankert. Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel: geschlechtsspezifische Gewalt ist ein Thema der inneren Sicherheit. Dabei geht es ganz konkret darum, dass Frauen sich in dieser Gesellschaft anders bewegen und anderes Verhalten an den Tag legen, um Gewalt zu vermeiden. Das müssen wir anerkennen und entschieden dagegen vorgehen.

Um ein besseres und vollumfängliches Bild darüber zu erhalten, wie sich Gewalt gegen Frauen im Alltag speziell in Schleswig-Holstein äußert, wollen wir dazu eine Studie auf den Weg bringen und außerdem eine Landesstrategie erarbeiten. „

Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind maßgeblich an der Umsetzung des Verfassungsauftrages des Artikels 3 GG beteiligt. Diese Arbeit war und ist abhängig von handelnden Personen und Rahmenbedingungen in den Verwaltungen vor Ort und der Wirksamkeit von Gesetzen, unter anderem dem GStG.

Wie wollen Sie als Gleichstellungsministerin die Wirkmacht der Gleichstellungsbeauftragten im Land Schleswig-Holstein strukturell verbessern? Welche Konsequenzen können Sie sich bei Verstößen gegen das GStG vorstellen?

„Wir haben uns im Koalitionsvertrag bewusst für eine Novellierung des Gleichstellungsgesetzes unseres Landes entschieden. Wir wollen die bestehenden Regelungen überprüfen, entsprechend der Erfahrungen im Umgang mit dem Gleichstellungsgesetz fortentwickeln und gegebenenfalls neu denken. Dabei werden auch die Regelungen, die die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten betreffen, mit einbezogen.

Am Ende ist für uns dabei entscheidend, dass das Gesetz im Alltag richtig wirkt. Daher werden wir im Prozess auch Sanktionsmöglichkeiten und Klagerechte für Gleichstellungsbeauftragte prüfen. Die Regelungen zu Beanstandungs-, Widerspruchs-, Schlichtungs- und Klageverfahren unterscheiden sich zwischen den Bundesländern. Daher wollen wir auch diese Ansätze und Erfahrungen im Entscheidungsprozess für Schleswig-Holstein betrachten und abwägen. „

Wenn eine gute Fee in Ihr Büro tritt und Ihnen in Aussicht stellt, ein Gleichstellungsgesetz ganz nach Ihren Vorstellungen für Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen: Was würden Sie sich für ein Gesetz wünschen? Was wären die wesentlichen Punkte? Wer wird Sie bei der Entwicklung in Ihrem Ministerium begleiten? Welche „Zutaten“ oder Ressourcen haben Sie dafür im Gepäck? Wen im Land nehmen Sie mit auf die Reise?

„Wir haben durch das Gleichstellungsgesetz in den vergangenen knapp 30 Jahren schon viel erreicht, aber es gibt in Sachen Gleichstellung auch noch viel zu tun - und das nicht nur im öffentlichen Dienst. Deshalb würde ich mir wünschen, dass ein novelliertes Gleichstellungsgesetz trotz seiner Geltung für den öffentlichen Dienst auch für andere Bereiche eine noch größere Wirkung entfaltet.

Ich würde mir wünschen, dass das Gesetz breitere Bekanntheit erlangt und jede und jeder die Regelungen kennt und selbstverständlich befolgt.

Für den Prozess wünsche ich mir außerdem, dass möglichst viele Akteur*innen, die das Gleichstellungsgesetz tagtäglich umsetzen, ihre Erfahrungen und Ideen einbringen.

Insgesamt wollen wir in der Novellierung prüfen, welche Beteiligungs- und Informationsrechte den Gleichstellungsbeauftragten zustehen sollten, ob und wie geschlechtliche Vielfalt zu verankern ist, und wie eine Regelung zur Freistellung oder Entlastung der Gleichstellungsbeauftragten

ausgestaltet werden könnte, um nur einige Punkte zu benennen. Auch hier wird der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Länder sowie den Adressatinnen und Adressanten des schleswig-holsteinischen Gleichstellungsgesetzes eine wichtige Rolle spielen.

Ich freue mich, dass wir in Schleswig-Holstein nun unsere Erfahrungen im Umgang mit dem Gleichstellungsgesetz aus den vergangenen knapp 30 Jahren nutzen werden, um dieses noch besser auszugestalten. „

Herzlichen Dank an Aminata Touré (Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein) für das Interview vom 07.09.2023.

I. INFORMATIONEN & VERÖFFENTLICHUNGEN

I.1. AUS DEM LANDTAG

Finanzierung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen durch den Bund weiter sicherstellen

- Einsatz auf Bundesebene für eine ungekürzte Fortführung des Förderprogramms "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen", Bekräftigung des Landtagsbeschlusses zu Drucksache 20/451, Überführung der zusätzlichen Landesmittel für die Förderung der Frauenfacheinrichtungen aus dem Einzelplan 10 in das FAG, Fortschreibung der Dynamisierung von 2,5 % der Gesamtmittel, Anpassung der Höhe der Förderung und Abfragung der Bedarfe der Einrichtungen im Rahmen der Regelüberprüfung des FAG –

Antrag Katja Rathje-Hoffmann (CDU), Catharina Johanna Nies (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Beate Raudies (SPD), Jette Waldinger-Thiering (SSW) vom 21.09.2023
Drucksache [20/1187](#)

Beschlussannahme (einstimmig) am 22.09.2023 im Landtag

Vorgangsdetails [unter](#)

Sachstand zur von der Landesregierung angekündigten Einrichtung eines Hochrisikomanagements

- Berichts-anforderung zum Ausbau des Hochrisikomanagements zum Schutz von Frauen vor Gewalt, Konzeption, Ländervergleich, Pilotprojektergebnisse und flächen-deckende Einführung –

Antrag Beate Raudies (SPD), Marc Timmer (SPD), Niclas Dürbrook (SPD) vom 29.09.2023 Drucksache [20/1474](#)

Beschlussannahme am 12.10.2023 im Landtag einstimmig.

Vorgangsdetails [unter](#)

Gendern an Schulen im Kreis Pinneberg

- Umsetzung insbesondere der Fehlerbewertungen für Gendern in schriftlichen Klausuren gemäß des Erlasses zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache im Unterricht und in der Kommunikation von Schulen, Zulässigkeit, Um-



gang mit Beschwerden von Erziehungsberechtigten zu Genderanweisungen im Unterricht, mögliche Korrektur bzw. Aufforderung zum Gendern –

Kleine Anfrage Annabell Krämer (FDP) und Antwort MBWFK vom 28.09.2023 Drucksache [20/1402](#)

- Verstöße gegen den Erlass zur Verwendung geschlechtergerechte Sprache im Unterricht und in der Kommunikation von Schulen, Beschwerden, Zulässigkeit einer Korrektur im mündlichen Unterricht -

Nachfrage zu Drucksache 20/1402 Gendern an Schulen in Pinneberg Drucksache [20/1499](#)

Gesetzentwurf eines Schleswig-Holsteinischen Wohnraumschutzgesetzes (SHWoSchG) Drucksache [20/899](#)

- Erlass eines SHWoSchG; Befugnis der Gemeinden bei Gesundheitsgefahren und Wohnraumvernachlässigung zum Hinwirken auf eine Sicherung angemessener Wohnverhältnisse und Benutzbarkeit sowie zur Beseitigung von Missständen, Mindestanforderungen, Pflichten, Sachverhaltsermittlung, Mängelbeseitigung, Unbewohnbarkeitserklärung, Belegung, Zweckentfremdungssatzungen bei Gebieten mit Wohnraumangel, Verfahren, Informationsrechte, Kosten, Gebühren und Bußgelder –

Gegenüberstellung der Entwürfe eines Wohnraumschutzgesetzes [unter](#)

Stellungnahme der LAG der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten [unter Umdruck 20/2021](#)

Vorgangsdetails [unter](#)

Wohnungsbau im ländlichen Raum stärken – wohnbaulichen Entwicklungsrahmen weiterentwickeln

- Überarbeitung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmen im Rahmen der Landesentwicklungsplananpassung, Schaffung von mehr Wohnraum und Reduzierung des Flächenverbrauchs insbesondere durch die Privilegierung des gemilderten Geschosswohnungsbaus und kleiner Wohneinheiten -

Antrag Michel Deckmann (CDU), Bina Braun (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 07.09.2023 Drucksache [20/1374](#)

Antrag am 12.10.2023 einstimmig im Landtag angenommen.

Vorgangsdetails [unter](#)

Stärkung des ländlichen Raumes

- Einsatz auf Bundesebene für die Weiterführung des Sonderrahmenplanes "Ländliche Entwicklung" und für regionale Wertschöpfung, Ausweitung der Beratungstätigkeiten für ländliche Gebiete beim Bundesprogramm "Ländliche Entwicklung Plus" –

Antrag Sönke Siebke (CDU), Silke Backsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 26.04.2023 Drucksache [20/943](#)

Beschlussannahme am 22.09.2023 im Landtag einstimmig

Vorgangsdetails [unter](#)

Bundratsinitiative zur Änderung des Kreditwesengesetzes
[Drucksache 20/995](#)

- Aufforderung der Landesregierung zur Initiative zur Aufnahme der Parität von Frauen und Männern in das Kreditwesengesetz-
Antrag Lars Harms (SSW) vom 09.05.2023 Drucksache 20/995

Stellungnahmen der Frauenverbände:

- der LAG der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragte [Umdruck 20/1969](#)
- der LAG der ehrenamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragte [Umdruck 20/1970](#)
- des LandesFrauenRates [Umdruck 20/1978](#)

Vorgangsdetails [unter](#)

Neue Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Ende Oktober scheidet der ehemalige „Cap Anamur“-Kapitän Stefan Schmidt aus seinem Amt als ehrenamtlicher Flüchtlingsbeauftragter des Landes aus. Die Nachfolge steht seit heute fest: Das Plenum wählt die Diplom-Sozialpädagogin Doris Kratz-Hinrichsen einstimmig. D. Kratz-Hinrichsen wird – nach einer Änderung des Beauftragengesetzes in der vergangenen Tagung – das Amt künftig hauptamtlich ausführen.

Bericht des NDRs vom 11.10.2023 [unter](#)

Bericht zur zahlenmäßigen Entwicklung und Situation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Schleswig-Holstein für die Jahre 2021/2022

Zugangsentwicklung von Schutzsuchenden; jährlicher Asylbericht für die Jahre 2021 und 2022, Entwicklung der aktuellen Lage bezüglich der Fluchtbewegung aus der Ukraine in Schleswig-Holstein im September 2023, aktuelle Zahlen zu den Asylanträgen aus den Herkunftsstaaten Georgien, Moldau, Maghreb-Staaten sowie Westbalkanstaaten



Bericht vom 13.09.2023 (Einsender: Minister/in für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung) unter Umdruck [20/2090](#)

Nachtrag zum Asylbericht "Aktuelle Zahlen zu den Asylanträgen aus den Herkunftsstaaten Georgien, Moldau sowie Maghreb-Staaten, ergänzend Westbalkanstaaten" unter Umdruck [20/2162](#)

Vorgangsdetails [unter](#)

Erster Integrations- und Zuwanderungsbericht 2022 zur Umsetzung des Gesetzes zur Integration und Teilhabe (Int-TeilHG) vom 23. Juni 2021



„Der Bericht stellt für Schleswig-Holstein gemeinsam mit der kommentierten Integrationsstatistik, der schleswig-holsteinischen Sonderauswertung des Sachverständigenrates für Integration und Migration sowie dem Integrationsmonitoring der Länder eine zentrale Datengrundlage für die perspektivische Ausgestaltung der Themenfelder Migration, Integration und Teilhabe dar und liefert wichtige Erkenntnisse und Anknüpfungspunkte für die wirkungsvolle Zusammenarbeit unterschiedlicher Ebenen in Schleswig-Holstein.“

Bericht der Landesregierung – Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein [unter](#)

Entwurf eines Gesetzes für ein Landesantidiskriminierungsgesetz Schleswig-Holstein (LADG)

- Erlass eines Landesantidiskriminierungsgesetzes; Verbot der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, rassistischer Zuschreibung, Religion, Behinderung, chronischer Erkrankung, Lebensalter, Sprache, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, sexueller Identität sowie des sozialen Status im Rahmen öffentlich-rechtlichen Handelns, Geltungsbereich, Formen der Diskriminierung, Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen, Maßregelungsverbot, Schadenersatzpflicht, antidiskriminierungsrechtliche Verbandsklage, Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung, Herstellung von Chancengleichheit, Berichterstattung gegenüber dem Landtag, Ombudsstelle, Zuständigkeit –

Gesetzesentwurf Christian Dirschauer (SSW) vom 23.10.2023
Drucksache [20/1544](#)

Kritik an Israel: Staatssekretärin muss früher gehen

„Wegen Weiterverbreitung eines israelkritischen Posts muss Schleswig-Holsteins ohnehin scheidende Sozialstaatssekretärin Marjam Samadzade früher gehen. „Ich habe Staatssekretärin Samadzade in einem persönlichen Austausch gebeten, ihre Amtsgeschäfte ab sofort ruhen zu lassen und um ihre Entlassung als Staatssekretärin zu bitten“, sagte Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) am Mittwoch. Samadzade sei dem Wunsch nachgekommen. Am 1. November werde die ausgebildete Polizistin [Silke Schiller-Tobies](#) (51) ihr Amt als neue Staatssekretärin aufnehmen.“

Quelle: SHZ vom 25.10.2023

Dazu ein kritischer Beitrag von der TAZ vom 25.10.2023 [unter](#)

Taschengeldkonten auch bei gemeinsamem Sorgerecht alleinig eröffnen können

- Bundesratsinitiative zur Ermöglichung der Eröffnung von Kinderkonten auch ohne Zustimmung des anderen Elternteils bei gemeinsamem Sorgerecht -

Antrag Annabell Krämer (FDP) vom 29.09.2023 Drucksache [20/1469](#)

Vorgangsdetails [unter](#)

Sechster Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst – Sechster Gleichstellungsbericht (2017/2018 – 2022)

In Verbindung mit: Vierter Bericht über die geschlechterparitätische Besetzung von Gremien – Vierter Gremienbericht

- Stand der Gleichstellung in der Landesverwaltung, Besetzung von Führungspositionen, flexible Arbeitsformen, Frauenanteile in Gremien des Landes sowie in Geschäftsführungen und Aufsichtsorganen bei bedeutenden Landesbeteiligungen -

Bericht MSJFSIG vom 10.08.2023 Drucksache [20/1222](#) (108 S)

Vorgangsdetails [unter](#)

I.2. LANDESWEIT

Forderungen der LAG Autonomer Frauenhäuser Schleswig-Holstein



LAG
Autonomer Frauenhäuser
Schleswig-Holstein

Die LAG der Autonomer Frauenhäuser Schleswig - Holstein fordert - konsequente und zeitnahe Umsetzung der Istanbul-Konvention!

Damit ALLE von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder schnellen, sicheren und unbürokratischen Zugang zu bedarfsgerechtem Schutz und Unterstützung haben.

Die politischen Erfordernisse zur Umsetzung der Istanbul Konvention aus Sicht der Autonomer Frauenhäuser S.-H. sind abrufbar [unter](#)

Brücke übernimmt neues Frauenhaus in Schleswig



Nachdem sich der Kreis Schleswig-Flensburg gemeinsam mit dem Kreis Nordfriesland beim Land Schleswig-Holstein für ein Frauenhaus an zwei Standorten eingesetzt hatte, wurde am 25. September nun ein komplett saniertes Haus in Schleswig seiner Funktion übergeben. Auf ca. 570 qm (plus rund 100qm Reserve für bspw. Platzerweiterung) werden vier Sozialarbeiterinnen und eine Hauswirtschafterin von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen (und ihre Kinder) in 15 Wohnmöglichkeiten und mit einer „24/7-Rufbereitschaft“ beraten. Die vom Land bewilligte Platzzahl 12 stockte der Kreis Schleswig-Flensburg um drei auf, um die Mindestgröße für ein funktionierendes Frauenhaus zu erreichen: „Bei einer geringeren Platzzahl würde die Personalfinanzierung nicht ausreichen, und auch zusätzlich notwendige Aufgaben wie Kinderbetreuung, Präventionsarbeit und Weiterqualifizierung wären nicht leistbar“, erläuterte Andrea Gonschior, Leiterin der Brücke Frauenhäuser gGmbH. Bisher gab es im gesamten Kreisgebiet kein Frauenhaus. Frauen in Not mussten sich an Einrichtungen in

Flensburg, Kiel oder an das Frauenhaus der Brücke in Rendsburg (26 Plätze) wenden.

PM der Brücke vom 26.09.2023 [unter](#)

PRESSEMITTEILUNG
Sexarbeit: Weniger Vorurteile,
mehr Schutz | Fachtag zum
Prostituiertenschutzgesetz in
Lübeck mit 110 Gästen



LÜBECK. 07.09.2023 „Dass das Prostituiertenschutzgesetz vor sechs Jahren auf den Weg gebracht wurde, war richtig - gerade mit Blick auf den Gesundheitsschutz und die Altersvorsorge. Jetzt gilt es, an den richtigen Stellen nachzubessern. Dabei müssen wir vor allem die Anmeldepflicht in den Blick nehmen, die leider nicht ausreichend zum erhofften Schutz vor Ausbeutung und Gewalt beiträgt. Stattdessen werden viele Prostituierte in die Illegalität gedrängt, wo man sie nur schwer beraten und unterstützen kann“, erklärte Gleichstellungsministerin Aminata Touré gestern (6.9.2023) auf dem Fachtag zum Prostituiertenschutzgesetz in Lübeck.

„Obschon Sexarbeit oft Gegenstand öffentlicher Debatten ist, gibt es meist wenig Zugang zu fundierten Informationen. Mit der Veranstaltung wollten wir, anlässlich der aktuell laufenden Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes, einladen, aus verschiedenen Blickwinkeln auf das Thema zu schauen“, erklärt Elke Sasse, Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lübeck.

Vollständige PM [unter](#)

Die Veranstaltung war eine Kooperationsveranstaltung des Frauennetzwerkes zur Arbeitssituation e.V. www.frauenetzwerk-sh.de, mit dem Frauenbüro der Hansestadt Lübeck www.luebeck.de/frauenbuero und dem Gesundheitsamt der Hansestadt Lübeck [Beratungsstelle für sexuelle Gesundheit - Rathaus \(luebeck.de\)](http://Beratungsstelle.für.sexuelle.Gesundheit-Rathaus.luebeck.de), der Beratungsstelle für Prostituierte in Schleswig-Holstein www.cara.sh und der Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Schleswig-Holsteins www.gleichstellung-sh.de sowie der Geschäftsstelle der LAGs kommunaler Gleichstellungsbeauftragter S.-H..

BeAGGtiv - Kompetenz- und
Beratungszentrum gegen
Diskriminierung - transparent-
innovativ-verbindlich!



Antidiskriminierungsverband
Schleswig-Holstein (advsh) e.V.

„Guten Tag, gerne möchten wir Ihnen das neue Projekt des Antidiskriminierungsverbandes Schleswig-Holstein vorstellen: "BeAGGtiv - Kompetenz- und Beratungszentrum gegen Diskriminierung - transparent-innovativ-verbindlich!". Durch dieses Projekt haben wir unsere jahrelange ehrenamtliche Antidiskriminierungsberatung in das Hauptamt überführen können. Das Projekt „BeAGGtiv“ bietet eine umfassende und individuelle Einzelberatung für Menschen in Schleswig-Holstein, sowohl in Präsenz, telefonisch als auch digital, die von Diskriminierung und Ungleichbehandlung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz betroffen sind. Dazu zählen Diskriminierungen aufgrund der Rasse, des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Das Projekt möchte auch die Rechte benachteiligter Menschen stärken, indem es sie außergerichtlich und vor Gericht unterstützt, und hofft auf eine bessere Anwendung des AGG-

Gesetzes durch die höhere Anzahl von Fällen, die das Zentrum bearbeiten wird.

Unser Ziel besteht darin dezentrale Beratungsstellen in Schleswig-Holstein aufzubauen. Neben unserem Hauptstandort in Kiel sind wir bereits in der Stadt Flensburg vertreten, wo Ratsuchende unser Angebot während einer wöchentlichen, öffentlichen Sprechstunde in Anspruch nehmen können. Gleiches planen wir bis zum Ende des Kalenderjahres 2023 uns auch in Niebüll zu etablieren. Bei Weiterförderung unseres Projektes sollen perspektivisch gesehen, auch weitere dezentrale Beratungsstellen in ganz Schleswig-Holstein geschaffen werden. Hierfür benötigen wir Ihre Unterstützung, damit wir gemeinsam daran arbeiten können ein diskriminierungsfreieres Schleswig-Holstein zu fördern."

Nähere Informationen finden Sie [hier](#)

I.3. BUNDESWEIT

Reform des Unterhaltsrechts: Bundesjustizminister legt Vorschläge vor



Das Eckpunktepapier des Bundesjustizministeriums benennt folgende Reformbedarfe:

1. Reformbedarf im Kindesunterhalt
 - Zentrales Ziel der Reform ist es, sicherzustellen, dass die Betreuungsanteile vor und nach Trennung und Scheidung beim Kindesunterhalt besser berücksichtigt werden
2. Reformbedarf beim Betreuungsunterhalt in nicht-ehelichen Beziehungen
 - Die Regeln zum Betreuungsunterhalt sollen vereinheitlicht werden: Die nicht gerechtfertigten Unterschiede zwischen dem Betreuungsunterhalt bei geschiedenen und bei nichtehelichen Paaren sollen beseitigt werden.
3. Reformbedarf beim notwendigen Selbstbehalt
 - Der notwendige Selbstbehalt für Unterhaltsschuldner soll erstmals gesetzlich geregelt werden.

Das Eckpunktepapier zur Reform des Unterhaltsrechts soll nun zunächst zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Es ist [hier](#) abrufbar. Ein FAQ zu dem Papier ist [hier](#) abrufbar.

Erhebliche Unterhaltskürzungen ohne erhebliche Entlastung alleinerziehender Elternteile: Fairness geht anders!

„Die Eckpunkte des Bundesjustizministeriums (BMJ) für die Reform des Unterhalts liegen nun vor. Sie sollen laut BMJ das Unterhaltsrecht fairer gestalten. Dafür sollen die finanziellen Lasten der Betreuung von Kindern ab mehr als 29 Prozent Mitbetreuung fairer verteilt werden, indem beide Eltern verantwortlich für den Barunterhalt werden. Das Ziel einer fairen Lastenverteilung wird jedoch durch die Eckpunkte nicht erreicht: erheblichen Unterhaltskürzungen stehen weder erhebliche Entlastungen der alleinerziehenden

Elternteile im Alltag noch bessere Erwerbschancen dieser entgegen. Die Armutsgefährdung am Lebensmittelpunkt des Kindes dürfte damit weiter steigen. Ob eine solche Reform im Interesse des Kindes sein kann, ist somit mehr als fraglich. Denn für das Wohl des Kindes ist entscheidend, dass das Kind in beiden Elternhaushalten gut versorgt ist.“

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V.

Die VAMV-Stellungnahme vom 19.09.2023 finden Sie [unter](#)

Väterreport www.bmfsfj.de

Der neue Väterreport des BMFSFJ zeigt, dass sich Väter viel stärker als früher eine partnerschaftlich organisierte Aufgabenteilung in der Familie wünschen. Jeder zweite Vater möchte gern die Hälfte der Betreuung übernehmen. Tatsächlich gelingt dies nur jedem fünften Vater. Die Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit ist noch immer groß. Der Väterreport beschreibt auf Basis amtlicher Statistiken, wissenschaftlicher Studien und repräsentativer Bevölkerungsbefragungen die Lebenslagen, Werte und Einstellungen von Vätern in Deutschland.

Die Studie können Sie unter diesem [Link](#) herunterladen.

Dazu ein kritischer Artikel von [Antje Schrupp](#) vom 03.10.2023 [unter](#)

Netzwerken von Väterrechtlern



Vordergründig wollen sie getrennten Vätern helfen. Doch im Hintergrund versuchen zahlreiche Vereine in Deutschland, politischen Einfluss auf das Unterhalts- und Sorgerecht zu nehmen – beim Bundesjustizministerium, bei FDP und AfD. Manche dieser Väterrechtler sind offen antifeministisch.

Eine Recherche von *stern* und CORRECTIV vom 18.09.2023 [unter](#)

sowie ein Artikel von CORRECTIV vom 19.09.2023 [unter](#)

Selbstbestimmung Schwangerer in Sachsen stärken

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) begrüßt in einer aktuellen [Stellungnahme](#) den im sächsischen Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf, der vorsieht, das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren zu stärken und dies langfristig in einem Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz abzusichern.

„Eine landesrechtliche Absicherung, die das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren stärkt, ist dringend notwendig.“, sagt Susanne Köhler, Vorsitzende des Landesverbands Sachsen im djb.

Die seit 30 Jahren geltende deutsche Regelung schafft es nicht, den Zugang zu straffreien Abbrüchen in der Praxis abzusichern. Die Versorgungslage in Deutschland ist defizitär. Die Zahl der Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, hat sich zwischen 2003 und 2023 fast halbiert.

PM des Deutschen Juristinnenbund vom 04.09.2023 [unter](#)

FHK-Fachinformation: Inklusion - Gewaltschutz für alle Frauen (Nr.02/2023)



Sehr geehrte Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, liebe Kolleg*innen, der Anspruch, den die Istanbul-Konvention stellt, ist klar und schnörkellos: Schutz und bedarfsgerechte Unterstützung müssen für ALLE gewaltbetroffenen Frauen und ihre Kinder in passender Form zugänglich sein. Ohne Ausnahmen. Ohne Bedingungen auf Seiten der Schutzsuchenden. Wie weit die Realität in Deutschland von diesem Anspruch noch immer entfernt ist, ist kein Geheimnis. Doch der bedingungslose und niedrigschwellige Zugang zu Unterstützung für ausnahmslos ALLE Betroffenen von Gewalt ist kein Luxus – er ist Grundvoraussetzung dafür, dass Gewaltschutz überhaupt seine Funktion erfüllen kann.

Inhalte dieser Ausgabe

Die [aktuelle FHK-Fachinformation](#) widmet sich der Frage, wie wir Inklusion in Schutz- und Beratungsangeboten praktisch gestalten können: Welche Ausschlüsse (re)produziert das System – und welche Wege finden Einrichtungen, um diese zu überwinden? Wo hilft der kritische Blick nach innen und wo sind Netzwerke von außen gefragt? Und wie inklusiv kann ein prekär finanziertes Hilfesystem überhaupt sein?

Dafür sprechen wir mit Frauenhäusern und Beratungsstellen, aber auch Expert*innen aus angrenzenden Hilfesystemen. Wir fragen nach offenkundigen und unsichtbaren Zugangsbarrieren, reden mit Schutzsuchenden über ihre Erfahrungen und blicken auf den praktischen Umgang mit Rassismus oder queeren Lebensrealitäten.

Die [Fachinformation „Inklusion – Gewaltschutz für alle Frauen“](#) steht auf der FHK-Homepage kostenfrei zum Download zur Verfügung.

Frauenhauskoordinierung e.V., Berlin

"Reproduktionsmedizin neu denken: In-Vitro-Fertilisation und Präimplantationsdiagnostik"



Immer mehr Menschen in Deutschland werden schwanger durch assistierte Reproduktion. In ihrem Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung angekündigt, den Zugang zu In-Vitro-Fertilisation (IVF) diskriminierungsfrei zu gestalten, sowie die Kostenübernahme von Präimplantationsdiagnostik (PID) auf den Weg zu bringen.

Wie sinnvoll sind diese Vorhaben aus einer Perspektive der Reproduktiven Gerechtigkeit und wie müssen sie ausgestaltet werden, um Diskriminierungen wirklich zu beseitigen und die sozialen Probleme hinter ungewollter Kinderlosigkeit sinnvoll zu bekämpfen?

Das dritte Policy Paper unserer [Reihe Körper, Kinder, Kassensturz](#) trägt den Titel [Reproduktionsmedizin neu denken: In-Vitro-Fertilisation und Präimplantationsdiagnostik](#). Amina Nolte und Lisa Yashodhara Haller zeigen darin den Status quo und die geplanten Schritte auf und leiten konkrete politische Empfehlungen für eine feministische Reproduktionsmedizin ab.

[Gunda Werner Institut](#) der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Alle Kinder haben dieselben Rechte – Kindergrundsicherung muss auch Geflüchtete einschließen



„Im Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung, der heute im Bundeskabinett verabschiedet werden soll, werden von vorneherein Kinder ausgeschlossen, die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten.“

Der VAMV und weitere 22 zivilgesellschaftliche Organisationen fordern die Regierungskoalition auf, den Vorgaben aus der UN-Kinderrechtskonvention gerecht zu werden und alle in Deutschland lebenden Kinder in die Kindergrundsicherung aufzunehmen.“

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V.

[Hier](#) finden Sie die Pressemitteilung vom 27.09.2023 zur Kenntnis, Weitergabe und Veröffentlichung

sowie die PM des Flüchtlingsrates S.-H. vom 27.09.2023 [unter](#)

Gesetzentwurf der Bundesregierung [unter](#)

sowie weitere Informationen auf der Seite des Bundesministeriums [unter](#)

Nobelpreis für Wirtschaft Harvard-Professorin Claudia Goldin ausgezeichnet

Sie ist erst die dritte Frau, die den prestigeträchtigen Preis erhält: Die US-Ökonomin Claudia Goldin wurde für ihre Forschung zur Rolle von Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet.

TV-Beitrag des ZDF vom 09.10. [unter](#)

Neue Beiträge von den Gender Mainstreaming Experts International (GMEI)

Durch die kritische Beobachtung gleichstellungspolitischer Entwicklungen und Gender Mainstreaming Umsetzungsprozessen will GMEI – *Gender Mainstreaming Experts International* einen Beitrag zur Reflexion und Qualitätssicherung der Gender Mainstreaming Implementierung leisten. Dazu werden Stellungnahmen und Grundsatzpapiere veröffentlicht.

- 2023 hat GMEI einen weiteren Beitrag zu [Gender Mainstreaming in intersektionaler Perspektive – Ein Positionspapier](#) erarbeitet und veröffentlicht.
- 2023 hat GMEI einen [Debattenbeitrag zu „Kontroversen um Geschlecht“](#) erarbeitet und im August 2023 veröffentlicht.

Interessante Links des Informationsdienstes Wissenschaft (IDW)

- Führungspositionen: Männer in der Überzahl und Frauen häufiger in Teilzeit: <https://idw-online.de/de/news822629>

II. STELLENAUSSCHREIBUNG

Amt Heider Umland

Das Amt KLG Heider Umland sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Gleichstellungsbeauftragte (w,d).

Es handelt sich um eine Teilzeitstelle mit 19,5 Wochenstunden, die unbefristet zu besetzen ist.

Die Entgeltzahlung erfolgt nach Entgeltgruppe 9c TVöD.

Die Bewerbungsfrist endet am 30.11.2023

Die Stellenausschreibung findet sich [hier](#)

III. RECHTLICHE NEUERUNGEN & RECHTSFRAGEN

GVOBI 2023 /Nr. 12

Änderung von Landesverordnungen (Hafenverordnung, Praxissemester-Fahrtkostenerstattungsverordnung, Personalqualifikationsverordnung, Zuständige Behörde nach SGB XIV etc.)

Dokument abrufbar [unter](#)

GVOBI 2023 /Nr. 13

Nachtragshaushaltsgesetz 2023, Änderung des Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings, Asyl- und Zuwanderungsfragen, Änderung Weiterbildungs- und Prüfungsverordnung, Brandverhütungsschauverordnung etc.

Dokument abrufbar [unter](#)

Erhöhung der Regelsätze ab 01.01.2024



Ab 01. Januar 2024 werden die Regelsätze für Leistungsbeziehende angehoben. Der Bundesrat hat am 20. Oktober 2023 der dahingehenden Verordnung zugestimmt. „Die neuen Regelsätze orientieren sich mehr an den aktuellen Preissteigerungen, unter denen viele Leistungsbeziehende leiden. Dennoch reicht auch die jetzt beschlossene Steigerung noch immer nicht aus, um ein menschenwürdiges Existenzminimum abzubilden“, mahnt die Bürgerbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Samiah El Samadoni.

Alleinstehende Leistungsbeziehende erhalten dann beispielsweise monatlich 61 mehr und volljährige Partner*innen 55. Damit steigen die Regelsätze um jeweils gute 12 Prozent.

Erhöhung des Schulbedarfes

Auch die Schulbedarfe werden entsprechend um diesen Prozentsatz erhöht und betragen dann 130 für das erste Schulhalbjahr und 65 für das zweite Schulhalbjahr.

„In Anbetracht der aktuellen Preissteigerungen ist diese Erhöhung nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die allgemeinen Lebenshaltungskosten sind in den letzten zwei Jahren derart stark gestiegen, dass eine Anhebung der Regelleistung um durchschnittlich 50 nicht ausreichen wird“, so die Bürgerbeauftragte. „Ob die beschlossenen Regelsätze (noch) verfassungskonform sind, werden die Gerichte daher zu entscheiden haben“.

Presseerklärung vom 25.10.2023 der Bürgerbeauftragten [unter](#)

Fachkräfteeinwanderung wird leichter



Die Einwanderung für Fachkräfte wird einfacher. So werden für Fachkräfte aus Drittstaaten mit Hochschulabschluss Verdienstgrenzen für die sogenannte Blaue Karte der EU abgesenkt. Außerdem wird die Liste der Engpassberufe erweitert, mit denen dieser Aufenthaltstitel beantragt werden kann.

Für Fachkräfte mit Berufsausbildung oder Hochschulabschluss muss für einen Aufenthaltstitel die Tätigkeit des Eingewanderten nicht in Verbindung mit seiner Ausbildung oder seinem Abschluss stehen – es gelten jedoch Ausnahmen für bestimmte Berufe.

Ausweis aus dem Automaten

Ab November kann der Erhalt der PIN für die Online-Funktion von Reisepass oder Personalausweis ohne Termin beim Amt bestätigt werden. Das Abholen des Dokuments soll in teilnehmenden Kommunen ohne Termin an speziellen Automaten möglich sein, die ähnlich wie Paketstationen funktionieren sollen.

Quelle: SHZ vom 30.10.2023

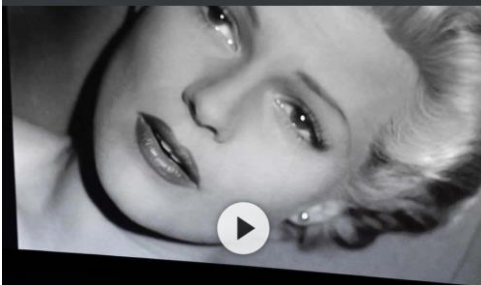
IV. FILME, BÜCHER, PODCASTS & CO.

You-Tube: Kindesentzug durch Familiengerichte: "Sie nahmen mir meine Tochter" – Eine Mutter kämpft um ihr Kind

Vor zwei Jahren schickte das Familiengericht Lindas Tochter in ein Heim – wegen einer „zu engen Mutter-Kind-Beziehung“. Der Vorwurf: die Mutter sei bindungsintolerant und entfremde ihre Tochter vom Vater. Seitdem kämpft sie um ihr Kind. Im Film berichten weitere, betroffene Mütter, dass ihre Kinder gegen ihren Willen wegen einer „zu engen“ Mutter-Kind-Beziehung in die Obhut der Väter oder in Kinderheime gebracht wurden. Der Film von Poliana Baumgarten ergründet, ob es sich dabei um ein strukturelles Problem handelt und blickt auf die schmerzhaft Erfahrung einer Betroffenen.

Doku und Reportage von ZEIT ONLINE [unter](#)

**Filmtipp:
Brainwashed - Sexismus im
Kino**



Die Frau im Film: stets schön und sexy - für den "männlichen Blick" geschaffen und zum sexuellen Objekt degradiert. Wie sehr war und ist die Darstellung von Frauen im Film durch den "Male Gaze" geprägt? Der Dokumentarfilm führt vor Augen, wie die Bildsprache des Kinos die Frau zum sexuellen Objekt macht und wie dies die gesellschaftliche Wahrnehmung von Frauen manipuliert.

Die #MeeToo-Bewegung hat die erschreckenden Auswirkungen des männlichen Blicks bei Filmproduktionen in den Fokus gerückt. Über Jahrzehnte hat der „male gaze“ sporadische Kinobesucherinnen und Kinobesucher wie Cineastinnen und Cineasten beeinflusst und die Frau als sexuelles Objekt klassifiziert. Zahlreiche Filmausschnitte aus bekannten Hollywoodfilmen und Kultklassikern sowie Interviews mit Filmemachern und Wissenschaftlern enthüllen eine rote Linie aus Frauenfeindlichkeit und Bevormundung, die sich vom frühen Kino bis heute durch viele unserer Lieblingsfilme zieht.

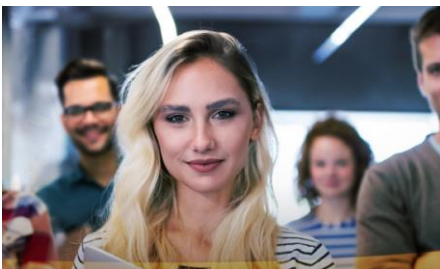
„Brainwashed - Sexismus im Kino“ führt eindringlich vor Augen, wie die visuelle Sprache des Kinos genutzt wird, um Frauen auf der grundlegendsten Ebene zu entmachten mit realen, greifbaren Folgen wie sexuellen Übergriffen und Diskriminierung am Arbeitsplatz – und wie stark diese Bilder die gesellschaftliche Wahrnehmung von Frauen damals wie heute manipuliert.

Abrufbar in der ARTE-Mediathek [unter](#)

V. FORTBILDUNGSHINWEISE

**Frisches Know-How für Politik
& Ehrenamt**

**ÜBERPARTEILICHES Seminar-
programm mit erfahrenen
Speakern & Politikprofis**



Wir machen Dich fit für die demokratische Arbeit in Politik & Gesellschaft:

Wissen, worauf es wirklich ankommt – Wir bieten Blicke hinter die Kulissen und schaffen positive und nützliche Vernetzungen

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, politisch oder gesellschaftlich Interessierten Know-how und Fundament für das eigene Engagement zu bieten.

Parteiübergreifend, plural, demokratisch und weltoffen.

Wir bringen frischen Wind in Politik & Gesellschaft.

Für junge Interessierte von 18-35 Jahren

Mehr Informationen unter
<https://www.politiknachwuchs.de/>

Aktionswoche 11-2023 "Frauen-Chancen-Wiedereinstieg"



„Liebe Frauen, eine ganze Woche nur für Sie! Sie suchen Ideen für Ihren beruflichen Wiedereinstieg oder planen eine berufliche Weiterentwicklung? Sie wissen nicht, wie und wo Sie anfangen sollen? Dann besuchen Sie gerne unsere Aktionswoche.

Wir präsentieren Ihnen ein vielfältiges Angebot aus unterschiedlichen Themenbereichen. Sicher ist für jeden Geschmack etwas dabei. Wählen Sie aus einem bunten Strauß an Veranstaltungen und stellen Sie sich Ihre persönliche Woche selbst zusammen:

- Life Work Planning
- Online-Bewerbung
- Kommunikationstraining
- Weiterbildung
- Finanzielle Unterstützung für Familien
- Job & Pflege
- Jobsuche mit Social Media
- Umgang mit Stress

Also zögern Sie nicht und melden Sie sich noch heute an! Wir freuen uns darauf, Sie bei unseren Onlineveranstaltungen zu begrüßen.“

Das Programm findet sich [unter](#)

VI. VERANSTALTUNGSHINWEISE

**Donnerstag, 09.Nov.2023
von 9:30 – 12:30 Uhr -online-**

UNICEF Deutschland Online-Werkstattgespräch „Gewaltschutz in der Notunterbringung für geflüchtete Menschen“

Im Jahr 2022 gründete sich im Rahmen der Bundesinitiative „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ eine Arbeitsgemeinschaft zum „Gewaltschutz unter hohem Belegungsdruck/ Notunterbringung“. Die AG erarbeitete Dokumente, um den mit hohem Belegungsdruck einhergehenden Herausforderungen für den Gewaltschutz begegnen zu können. Es wurde die Checkliste „Gewaltschutz für geflüchtete Menschen in Notunterkünften“, eine Toolbox für die Praxis und ein Policy Paper entwickelt.

Im Namen von UNICEF Deutschland laden wir Sie herzlich zum Online-Werkstattgespräch „Gewaltschutz in der Notunterbringung für geflüchtete Menschen“ ein, bei dem die Produkte vorgestellt und deren Anwendung und Transfermöglichkeiten diskutiert werden sollen. Das Werkstattgespräch findet im Rahmen der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Bundesinitiative "Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" in Kooperation mit UNICEF Deutschland statt.

Sie können sich **bis zum 02.11.2023** für das Werkstattgespräch anmelden.

[Zur Veranstaltungsseite](#)

**Freitag, 10. Nov.2023,
von 17-19 Uhr**



Gemeinsam möchten Professorinnen und Gleichstellungsbeauftragte der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Schleswig-Holstein über das Berufsbild „Professorin an einer HAW“ informieren. Berufspraktikerinnen, Postdoktorandinnen, Doktorandinnen aller Fächer sowie weitere Interessentinnen sind in dieser Veranstaltung herzlich willkommen.

Die Veranstaltung ist im Rahmen der Frauenförderung durch das Professorinnenprogramm konzipiert. Ebenso herzlich willkommen sind TIN Personen, die sich in diesem Kontext verorten können.

Das [Programm ist als PDF](#) verfügbar.

**Mittwoch, 15.Nov.2023
ab 09:00 Uhr
Wissenschaftszentrum Kiel
Frauenhoferstraße 13
24118 Kiel**

Verlässliche Strukturen für Familien vor Ort
„Chancen für die Familienförderung - Elternbegleitung
konzeptionell einbinden“

Eine zentrale Frage des Fachtages lautet: Wie kann das Angebot der Elternbegleitung weiter verbessert und ausgebaut werden und was brauchen wir in Schleswig-Holstein und den anderen Bundesländern für eine erfolgreiche Elternbegleitung?

Mit Impulsen aus Wissenschaft und Praxis, einer Workshopphase und Podiumsdiskussion mit familienpolitischen Sprecher:innen der Fraktionen im Landtag, möchten wir die breite Relevanz von Elternbegleitung aufzeigen, eine Mischung aus Fachwissen und unterschiedlichen Standpunkten betrachten und das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchten.

Programm [unter](#)

**Mittwoch, den 15. Nov. 2023
von 9:30 bis 14 Uhr
im Landeshaus Kiel,
Düsternbrooker Weg 70**

Die Arbeitsgruppe Migration und Arbeit Schleswig-Holstein lädt ein zum Fachtage „Sprache für Alle!“
Zugang zu Sprache für Migrant*innen und Geflüchtete – wo stehen wir und wo wollen wir hin?

„Sprache ist ein enorm wichtiger Aspekt für die Integration für Menschen ausländischer Herkunft im Arbeitsmarkt. Dies gilt sowohl für Geflüchtete als auch für Migrant*innen. In Schleswig-Holstein besteht bereits eine vielfältige Angebots- und Anbieterpalette. Diese ist jedoch für viele Fachberater*innen als auch für Ratsuchende oftmals unübersichtlich, zu wenig bekannt und nicht allerorten zugänglich. Die AG plant mit einem Fachtage die bereits vorhandenen Angebote für Fachkräfte aus der Beratung transparenter zu machen und gleichzeitig auf bestehende Lücken und Bedarfe hinzuweisen sowie gemeinsame Empfehlungen an bildungspolitische Akteur*innen des Landes zu geben.“

Anmeldung bis zum 3. November über [Fachtage "Sprache für Alle!" \(eveeno.com\)](#)

Save the date
Montag, den 27. November
2023 um 18.00 Uhr
im Sozialministerium,
Adolf-Westphal-Straße 4,
24143 Kiel

Wohnraumtagung für Menschen mit erschwertem Zugang zu bezahlbarem Wohnraum

„Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Dafür setzen wir uns auch in Schleswig-Holstein ein. Leider ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt angespannt. Einige Teile der Bevölkerung haben einen erschwerten Zugang zu bezahlbarem Wohnraum. Dazu zählen unter anderem gewaltbetroffene Frauen, Geflüchtete und wohnungslose Menschen.

Deshalb möchten Sie Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack und Sozialministerin Aminata Touré einladen, bei einer gemeinsamen Wohnraumtagung über die aktuellen Herausforderungen für diese Personengruppen auf dem Wohnungsmarkt zu sprechen. Unter anderem sollen im Rahmen der Veranstaltung verschiedene Best-Practice-Beispiele aus Schleswig-Holstein vorgestellt werden. Ziel ist ein offener Austausch und die Vernetzung von Vermieterinnen und Vermietern, Wohnungsuchenden sowie der Politik.“

Eine offizielle Einladung mit weiteren Details wird Ihnen zeitnah zugehen.

Dienstag, 05. Dez. 2023
von 9-14 Uhr
im Kiek In Neumünster

Fachtag „Gemeinsam stärker in der queerfeministischen und intersektionalen Mädchen*arbeit!“

Es wird einen Impulsvortrag „AD(H)S weiblich“ geben, gefolgt von drei Workshops:

- 1) Digitale Selbstbehauptung für Mädchen* und junge Frauen*
- 2) Selbstwertgefühl stärken: Kennst du deinen eigenen Wert?
- 3) „Voll Fett, ey!“ Körper- und Gesundheitsideale hinterfragen in der Arbeit mit Mädchen*, jungen Frauen* und Queers

Der Fachtag richtet sich an (angehende) Fachkräfte der Sozialen (Jugend)Arbeit, Lehrkräfte und Ehrenamtliche aus der Jugendverbandarbeit.

Anmeldungen bis zum 24. November
unter: <https://www.lag-maedchen-sh.de/aktuelles/>

Mit freundlichen Grüßen
Siri Peters Mejia (sie/ihr)
Geschäftsführende Referentin der LAG Mädchen*
siri.petersmejia@ljrsh.de
